

metallnachrichten

für die Beschäftigten der Metallindustrie Niedersachsen

Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Kommentar

Ab 6. März geht es zur Sache!



Die Zeichen sind gesetzt, jetzt geht es zur Sache: Die IG Metall will beim Thema Entgelt eine faire Beteiligung der Beschäftigten am Aufschwung. Daneben soll die Perspektive für die junge Generation gestärkt werden. Dazu gehören die Themen Übernahme, Einstiegsqualifizierung und Leiharbeit.

Die leichte Konjunkturdelle hat sich verzogen. Es ist genügend Spielraum für unsere Forderungen da. Wenn die Arbeitgeber sich wie bisher verweigern, werden wir uns auf einen harten Kampf einstellen müssen.

Hartmut Meine,
Bezirksleiter und Verhandlungsführer der IG Metall



Die Forderung nach 6,5 Prozent mehr Entgelt steht: Die Tarifkommission am 23. Februar 2012

Die Tarifkommission hat die Forderung beschlossen:

6,5 Prozent

Die 75 000 Beschäftigten der Metallindustrie Niedersachsen brauchen 6,5 Prozent mehr Geld. Das hat die Tarifkommission am 23. Februar entschieden. Dazu soll es weniger Leiharbeit, eine unbefristete Übernahme von Ausgebildeten und eine Einstiegsqualifizierung für Jugendliche geben.

Damit ist der im Januar begonnene Diskussionsprozess beendet. Zum Entgelt hatte der Vorstand der IG Metall bereits einen Forderungsrahmen von »bis zu 6,5 Prozent« empfohlen.

»Alle vier Themen gehören zusammen«, sagte IG Metall-Betriebsleiter Hartmut Meine. Einmal hätten die Beschäftigten es verdient, am Aufschwung entsprechend beteiligt zu werden.

Zum zweiten brauche die junge Generation echte Perspektiven, statt weiter in

Befristung und Leiharbeit abgedrängt zu werden. Meine: »Die Übernahme nach der Ausbildung ist wichtig für die Jugendlichen, aber sie ist auch das beste Mittel gegen Facharbeitermangel. Und

benachteiligte Jugendliche brauchen die Chance auf eine Ausbildung.« Außerdem soll über vernünftige Regelungen von Dual Studierenden geredet werden. Leiharbeit müsse künftig zeitlich

befristet, vernünftig entlohnt und der Einstieg in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis sein, so Meine: »Es darf keine zwei Klassen von Beschäftigten geben.« Die Betriebsräte bräuchten hier

mehr Mitbestimmungsrechte. Zum Thema Leiharbeit will die IG Metall zeitgleich Verhandlungen mit den Zeitarbeitsverbänden BAP und IGZ über Branchenzuschläge aufnehmen.

Die erste Tarifverhandlung für die Metallindustrie Niedersachsen ist am 6. März. Meine: »Die bisherigen Verhandlungen im Vorfeld mit den Arbeitgebern über unsere qualitativen Forderungen haben nichts gebracht. Wir müssen uns auf eine harte Auseinandersetzung einstellen.«



Mehr Prozente
Faire Leiharbeit
Unbefristete Übernahme
Einstiegsqualifizierung

Tarif 2012
Wir haben's verdient

Rückseite: So sind die Preise wirklich gestiegen

Benzin



Preisanstieg: **+ 11,5 %**

Kraftstoffe wurden 2011 übers Jahr um 11,5 Prozent teurer, errechnete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Durch die hohen Spritpreise stiegen 2011 die Kosten des Autofahrens um 4,2 Prozent.

Heizöl



Preisanstieg: **+ 24,5 %**

2011 wird den Verbrauchern als teuer in Erinnerung bleiben. Vor allem die Preisexplosion um fast ein Viertel bei Heizöl schlug sich schmerzhaft im Geldbeutel nieder. Quelle: Statistisches Bundesamt.

Strom



Preisanstieg: **+ 7,3 %**

Um 7,3 Prozent stiegen die Strompreise 2011 im Schnitt an. Ein Stromvergleich lohnt – bei über 900 Stromanbietern. Es gibt sogar Ökostromtarife, die günstiger sind als die des Grundversorgers.

Gas



Preisanstieg: **+ 4,6 %**

Die Gaspreise stiegen im Jahr 2011 um 4,6 Prozent. Der Anstieg ist damit deutlich stärker als der Durchschnitt der Verbraucherpreise. Auch für 2012 sind Preissteigerungen vorgesehen.

So sind die Preise gestiegen

Offiziell lag die Teuerungsrate im Jahr 2011 bei 2,3 Prozent. Doch ein Blick auf den Warenkorb zeigt: Die entscheidenden Kosten für Lebensmittel und Energie waren erheblich höher.

Mit 2,3 Prozent hat die Teuerung gegenüber den

letzten Jahren erheblich zugenommen (2010: +1,1 Prozent, 2009: +0,4 Prozent). Das lag vor allem an den Energiepreisen. Energie verteuerte sich 2011 spürbar um rund 10 Prozent. Überdurchschnittliche Steigerungen gab es mit 2,8 Prozent bei Nah-

rungsmitteln und 6,1 Prozent bei alkoholfreien Getränken, Speiseöle um 12,6 Prozent (darunter Butter um +14,2 Prozent) sowie Kaffee um 17,6 Prozent, Fleisch um 2,8 Prozent sowie Molkereiprodukten (Sahne 10,7 und Quark 7 Prozent).

Günstiger war dagegen Gemüse (-3,9 Prozent). Weil Gebrauchsgüter teilweise erheblich billiger geworden sind (Informationsverarbeitungsgeräte -9,2 Prozent) blieb es bei den 2,3 Prozent im Schnitt aller Konsumausgaben im Jahr 2011.

Wie das Statistische Bundesamt die Preisentwicklung rechnet:

Der Warenkorb unter der Lupe

Warum liegt die gefühlte Inflation oft höher als die amtliche Teuerungsrate? Ist sie nur gefühlt oder so gar real? Ein Blick hinter die Kulissen des Warenkorbs.

Die Inflationsrate bezieht sich auf alle Konsumausgaben. Sie ist ein Mittelwert, in den die Preisentwicklung für alle Ausgaben der privaten Haushalte am Beispiel eines Haushaltsbudgets eines durchschnittlichen Haushalts in Deutschland ein- geht.

Bei der Berechnung der Verbraucherpreise geht man von einem »Warenkorb« aus, der sämtliche Waren und Dienstleistungen enthält, die für die Konsumwelt relevant sind.



Der Warenkorb: 300 000 Einzelpreise im Monat werden erfasst

Die Auswahl von konkreten Produkten für die Preisbeobachtung erfolgt in Form von repräsentativen Stichproben.

In der Regel werden zunächst repräsentative Städte ausgesucht, dann repräsentative Geschäfte und die darin am häufigsten verkauften Produkte. Mit dem »Warenkorb« will man die gesamte Bandbreite des privaten Konsums abdecken, er wird laufend aktualisiert.

Für die Messung der Preisentwicklung notieren rund 600 Preiserheber in ganz Deutschland Monat für Monat die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Insgesamt werden so monatlich über 300 000 Einzelpreise erfasst.

Weiterhin werden die Qualitätsän-



Die Inflationsrate entspricht nicht dem Konsumbudget: Grafik von 2001 bis 2011

derungen berücksichtigt, vor allem bei Produkten des technischen Fortschritts. Eine weitere Basis für die Berechnung ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe: Dabei zeichnen rund 60 000 Teilnehmer ihr Haushaltsbudget freiwillig auf und übermitteln die Daten an die Statistischen Landesämter.

Für unser »Preisgefühl« und für die Preisrealität gleichermaßen sind vor-

allem häufig gekaufte Waren und Dienstleistungen wichtiger als seltenere Anschaffungen. Und bei den Verbrauchsgütern, zu denen neben Strom und Gas eben auch Nahrungsmittel und Kraftstoffe gehören, liegt die Steigerung seit Einführung des Euro ab 1. Januar 2002 mit 35 Prozent erheb-

lich höher als die im selben Zeitraum gemessene Inflationsrate von 17,0 Prozent.

Beispiel: Ein Haushalt, der im Dezember 2001 Waren und Dienstleistungen im Wert von 2000 Euro kaufte, musste ein Jahr später 23 Euro mehr ausgeben. Im November 2011 musste dieser Haushalt bereits 332 Euro mehr aufwenden als für die Güter im Jahr 2001.